



Essensausgabe am Bahnhof in Lviv, Ukraine, für Menschen auf der Flucht.

Foto: REUTERS/Kai Pfaffenbach

## 1.-Mai-Aktion

Ukraine-Russland-Belarus, Malaysia

# Gegen Krieg und gegen Ausbeutung!

Während wir Anfang März dieses Bulletin schreiben, erreichen uns Nachrichten von den Bombardierungen in der Ukraine und von Menschen auf der Flucht. Seit Beginn dieses Kriegs sind wir intensiv damit beschäftigt herauszufinden, wie der SOLIFONDS die Menschen im Kriegsgebiet unterstützen kann. So dringend diese Aufgabe ist, die Kontaktaufnahme ist in der aktuellen Situation nicht einfach: Menschen müssen sich in Sicherheit bringen, sie sind damit beschäftigt, Lebensmittel zu beschaffen oder ihr Viertel vor Angriffen zu schützen. Wir haben deshalb als Erstes einen Beitrag an den Solidaritätsfonds der internationalen Gewerkschaftsverbände geleistet, um Gewerkschaften

vor Ort und in den Nachbarländern bei ihrer humanitären Hilfe zu unterstützen. Gleichzeitig klären wir weiter ab, wie der SOLIFONDS in den nächsten Wochen und Monaten solidarische Netzwerke in der Ukraine unterstützen kann, aber auch, wie wir progressive Kräfte in Russland und Belarus stärken können, die unter grossen Risiken gegen den Krieg protestieren.

Während alle Augen auf die Ukraine gerichtet sind, gehen die Kämpfe für soziale Gerechtigkeit in anderen Ländern weiter. Reinigungsarbeiterinnen in den öffentlichen Spitälern in Malaysia beschreiben ihre Arbeitsbedingungen als reine Ausbeutung. Seit der Privatisierung der Reinigungsarbeiten sind sie über Personalleihunternehmen angestellt und verdienen Löhne, die knapp zum Leben reichen. Mit ihrer Gewerkschaft kämpfen sie gegen die fortschreitende Privatisierung und die damit verbundenen Auslagerungen zu schlechteren Bedingungen.

Unsere 1.-Mai-Aktion widmen wir den Menschen, die sich gegen den Krieg in der Ukraine stellen, und den Gewerkschafterinnen in Malaysia.

### **Solidarität – Gegen den Krieg in der Ukraine!**

Wir solidarisieren uns mit den Menschen in der Ukraine, aber ebenso mit den Menschen, die in Russland und in Belarus gegen den Krieg protestieren. (siehe Seite 4)

# «Unser Erfolg ermutigt Arbeiterinnen, sich zu organisieren»

«Wieso einer Gewerkschaft beitreten? Das bringt doch nichts.» So reagieren Reinigungsarbeiterinnen in Malaysia oft, wenn sie zum ersten Mal auf eine Mitgliedschaft angesprochen werden. Dies erzählt eine Aktivistin der Gewerkschaft der Spitalreinigungsarbeiterinnen im Gespräch mit dem SOLIFONDS. Andere haben Angst, dass sie entlassen werden, wenn sie sich einer Gewerkschaft anschließen. «Wir müssen immer und immer wieder auf die Arbeiterinnen zugehen und im Gespräch mit ihnen bleiben. Ihnen aufzeigen, dass sie prekäre Arbeitsbedingungen nicht hinnehmen müssen, sondern sich zusammen organisieren und für ihre Rechte kämpfen

können. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir nicht nur gegen ein neoliberales Ausbeutungssystem ankämpfen, sondern auch gegen ein patriarchales System. Dieses sieht nicht vor, dass Frauen gewerkschaftlich aktiv sind, geschweige denn, dass sie sich mit politischen Themen auseinandersetzen.»

## Ausbeutung nach Privatisierung

Die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, unter welchen das mehrheitlich weibliche Reinigungspersonal der staatlichen Spitäler arbeitet, sind die Folgen der vor rund 25 Jahren durchgesetzten Privatisierung von Teilbereichen der öffentlichen Dienstleistungen. Seit-

her sind die Reinigungsarbeiterinnen, aber auch die Hauswarte, via Personalverleihfirmen angestellt und erhalten für ihre Arbeit knapp den Mindestlohn. Eine Lohnerhöhung aufgrund des Dienstalters ist nicht vorgesehen und persönliche Schutzausrüstung erhalten die Arbeiterinnen selten, obwohl sie in den Spitälern Infektionskrankheiten wie Tuberkulose oder Covid-19 ausgesetzt sind.

## Erfolge trotz Einschüchterungen

Einige Arbeiterinnen wollten diese Ausbeutung nicht mehr hinnehmen und schlossen sich vor vier Jahren in der Gewerkschaft des Reinigungspersonals zusammen. Die Gewerkschaft wuchs und erkämpfte einen Gesamtarbeitsvertrag. Ein neues Subunternehmen weigerte sich jedoch, den GAV anzuerkennen, und drohte den Gewerkschafterinnen mit Entlassung. Als diese mit einer Protestaktion auf die Einschüchterungen reagierte, wurden einige von ihnen verhaftet. Dank öffentlichem Druck wurden sie nach wenigen Tagen freigelassen. Die Angst vor Repressalien wuchs jedoch. «Die Gewerkschaft hat sich damals nur deshalb nicht aufgelöst, weil wir bereits eine gefestigte Gruppe waren», berichtet die Gewerkschaftssekretärin. «Unsere Organisation ist nach basisdemokratischen Prinzipien organisiert. Das hat uns geeint.»

## Kampagne auf Motorrädern

Als Reaktion auf die Einschüchterungskampagne des Subunternehmens entschieden die Gewerkschafterinnen, die malaysische Öffentlichkeit auf ihre



Gewerkschafterinnen diskutieren an einem Treffen ihre nächste Kampagne.

Foto: CWWN

## Gewerkschaftsfeindliches Umfeld für die Arbeiter\*innenbewegung in Malaysia

Heute sind nur etwa sechs Prozent der malaysischen Arbeiterinnen und Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Dies war nicht immer so: In den 1960er Jahren waren rund vierzig Prozent der arbeitenden Bevölkerung Mitglied einer Gewerkschaft und es bestand eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung. Doch bereits in dieser Zeit schränkte die Regierung den Handlungsspielraum der Gewerkschaften ein, um das Land für ausländische Investoren attraktiv zu machen, aber auch um die angeblich von Kommunist\*innen ausgehende Gefahr einzudämmen. Heute sind nur noch Branchen- oder Betriebsgewerkschaften erlaubt, vielen Arbeiter\*innen des Service Public ist ein Beitritt zu einer Gewerkschaft gar verboten. Legal gestreikt werden kann nur, wenn ein zeitlich und bürokratisch aufwändiges Verfahren eingehalten wird. Mindestens sechzig Tage im Voraus müssen Streiks angekündigt werden. Die Folge ist, dass die Arbeiter\*innenbewegung in Malaysia fragmentiert und geschwächt ist. Der grösste gewerkschaftliche Dachverband, der Malaysian Trades Union Congress MTUC, hinterfragt die neoliberale Politik der Regierung nur sehr zaghaft. Die wenigen kämpferischen Basisgewerkschaften bewegen sich in einem äusserst gewerkschaftsfeindlichen Umfeld.



An einem Protest vor einem Spital fordern Gewerkschafterinnen das Ende des Auslagerungssystems.

Foto: CWWN

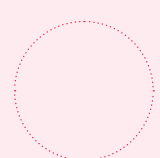

Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen. Viele Malaysierinnen und Malaysier wissen nicht, was für Auswirkungen die Privatisierungspolitik auf die Arbeitsbedingungen hat. Auf ihren Motorrädern, dem wichtigsten Verkehrsmittel für Arbeiterinnen, führen die Gewerkschaftsaktivistinnen 500 Kilometer bis zur Verwaltungshauptstadt Putrajaya, um den Gesundheitsminister zu treffen und ihm einen Forderungskatalog zu überreichen. Unter anderem forderten sie ein Ende des Auslagerungssystems und die Auszahlung von Covid-19-Entschädigungen. «Ein wichtiger Teil dieser Kampagne waren die sozialen Medien. Weil der Gesundheitsminister diese aktiv nutzt,

konnten wir so Druck auf ihn ausüben», erzählen Gewerkschafterinnen. Dies wirkte, und der Minister empfing die Arbeiterinnendelegation im Februar. An einer Pressekonferenz nach dem Treffen betonte er, dass das Reinigungspersonal in den Spitälern eine wichtige Stütze des Gesundheitssystems sei, und kündigte an, dass er das Gespräch mit den Subunternehmen suchen würde.

### Aufbruchstimmung

Für die Arbeiterinnen und ihre Gewerkschaft war das Treffen mit dem Gesundheitsminister ein grosser Erfolg. Zum ersten Mal würdigte ein Minister öffentlich ihre Arbeit und anerkannte ihre Rechte. Dies bestärkt sie und sie

sind zuversichtlich, dass dies ihrer Gewerkschaft neuen Schub gibt. Denn das Treffen hat gezeigt, dass sie zusammen etwas erreichen können. «Wichtig für diesen Erfolg war auch unsere Präsenz in den Medien. Dabei konnten wir nicht nur unsere Gewerkschaft stärken, sondern haben auch der Öffentlichkeit gezeigt, dass kämpferische gewerkschaftliche Organisation in Malaysia möglich ist. Nun erhalten wir Anfragen von Arbeiter\*innen, die ebenfalls eine Gewerkschaft aufbauen wollen. Dies motiviert uns weiterzumachen.» Sie erinnern uns aber auch daran, dass internationale Solidarität für ihren Kampf für würdige Arbeitsbedingungen wichtig ist.

Empfangsschein / Récépissé / Ricevuta Einzahlung für / Versement pour / Versamento per	+ Einzahlung Giro + Einzahlung für / Versement pour / Versamento per	+ Versement Virement + Zahlungszweck / Motif versement / Motivo versamento	+ Versamento Girata + 
<b>SOLIFONDS</b> <b>Fonds de solidarité pour la libération sociale dans le tiers monde, Neuchâtel Zürich</b>	<b>SOLIFONDS</b> <b>Fonds de solidarité pour la libération sociale dans le tiers monde, Neuchâtel Zürich</b>	<b>1. Mai – Gegen Krieg und gegen Ausbeutung!</b> <input type="checkbox"/> Bitte schickt mir mehr Infos zum SOLIFONDS .....	
<b>CH52 0900 0000 8000 7761 7</b> Konto / Compte / Conto <b>80-7761-7</b> <b>CHF</b>	<b>CH52 0900 0000 8000 7761 7</b> Konto / Compte / Conto <b>80-7761-7</b> <b>CHF</b>	Einbezahlt von / Versé par / Versato da _____ _____ _____ .....	
	<b>105</b>	<b>800077617&gt;</b>  <b>800077617&gt;</b>	

Die Annahmestelle  
 L'office de dépôt  
 L'ufficio d'accettazione



«Nein zum Krieg!» Protest Ende Februar in St. Petersburg.

Foto: REUTERS/Anton Vaganov

## Progressive Kräfte gegen den Krieg stärken!

Seit die russische Armee Ende Februar in die Ukraine einmarschiert ist, beschäftigt sich der SOLIFONDS intensiv mit der Frage, was wir tun können, um Solidarität mit den Menschen im Kriegsgebiet zu leisten. Über die unmittelbare humanitäre Hilfe hinaus stellt sich die Frage, wie wir progressive Kräfte – Gewerkschaften, Basisinitiativen, feministische Organisationen – stärken können, die nicht einer militaristischen, nationalistischen Logik verfallen. Sie verfolgen emanzipatorische Projekte inmitten der Katastrophe und sehen sich in Russland und Belarus mit härtester Repression konfrontiert. Deshalb ist Unterstützung nicht nur in der Ukraine nötig. Zigtausende Menschen wurden in Russland gleich in den ersten Tagen nach dem Einmarsch verhaftet, weil sie gegen den Krieg protestierten, und sie müssen mit langen Gefängnisstrafen rechnen. Nichtsdestotrotz rufen feministische Organisationen zu Protesten gegen den Krieg auf. «Krieg bedeutet Gewalt, Armut, Zwangsvertreibung, zerstörte Leben, Unsicherheit und fehlende Zukunft.

Er ist unvereinbar mit den grundlegenden Werten und Zielen der feministischen Bewegung. Krieg verschärft die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und wirft menschenrechtliche Erungenschaften um viele Jahre zurück. Krieg bringt nicht nur die Gewalt der Bomben und Geschosse mit sich, sondern auch sexuelle Gewalt», schrieben Feministinnen in einem Manifest. Und weiter: «Aus diesen und vielen anderen Gründen müssen russische Feministinnen und alle, die feministische Werte teilen, entschieden gegen diesen von der Führung unseres Landes entfesselten Krieg auftreten.»

Der SOLIFONDS will Feministinnen, Gewerkschafter\*innen und Basisaktivist\*innen stärken, die sich gegen den Krieg stellen. Dabei ist bei der Kontaktaufnahme, bei Abklärungen und bei einer Unterstützung grosse Umsicht angebracht, um die Menschen nicht zusätzlich zu gefährden. Der SOLIFONDS ist dran. Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und mit emanzipatorischen Kräften in Russland und Belarus ist gefordert.

### 1.-Mai-Fest in Zürich: Veranstaltung mit Minenarbeitern

Der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore ist in 35 Ländern tätig – unter anderem in Peru und in Kolumbien. Der Bergbau hat gravierende Auswirkungen auf die Umwelt sowie auf die Gesundheit der lokalen Bevölkerung. Ausserdem missachtet der Konzern auch gewerkschaftliche Rechte von Minenarbeitern. An einer Veranstaltung im Rahmen des 1.-Mai-Fests in Zürich berichten Gewerkschaftsvertreter\*innen aus Peru und Kolumbien aus erster Hand von ihren Erfahrungen und von aktuellen Arbeitskonflikten. Dabei kommt auch der Streik der Minenarbeiter bei der Glencore-Mine in Andaychagua, Peru, zur Sprache, den der SOLIFONDS unterstützt (siehe Bulletin Nr. 126). An der Veranstaltung wird zudem ein Teil des Dokumentarfilms «Das Blut des Flusses» gezeigt.

Angaben zu Zeit und Ort der Veranstaltung werden hier veröffentlicht: [www.1mai.ch](http://www.1mai.ch) / [www.solifonds.ch](http://www.solifonds.ch)

### 15. Mai: NEIN zu Frontex

Frontex, die Grenzschutzagentur des Schengen-Raums, ist mitverantwortlich für die gewaltvolle Migrationspolitik an den EU-Aussengrenzen. Recherchen belegen, dass Frontex Komplizin bei Menschenrechtsverletzungen und illegalen «Pushbacks» ist. Neu koordiniert Frontex auch länderübergreifend Zwangsausschaffungen und führt selbst solche durch. Das Frontex-Budget steigt bis 2027 auf 1,2 Milliarden Franken pro Jahr an. Für die Abschottung Europas wird Frontex von der Schweiz mitfinanziert. Der Schweizer Beitrag an Frontex soll gemäss dem Frontex-Gesetz vervielfacht werden und bis 2027 auf 61 Millionen Franken pro Jahr steigen. Wir sagen: Kein Geld für Menschenrechtsverletzungen! NEIN zum Frontex-Gesetz am 15. Mai 2022.

**IMPRESSUM: SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, Quellenstrasse 25, 8005 Zürich, Tel. 044 272 60 37, [mail@solifonds.ch](mailto:mail@solifonds.ch), [www.solifonds.ch](http://www.solifonds.ch), PC 80-7761-7, IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7**

**Redaktion: Aurora García, Yvonne Zimmermann**

**Druck: printoset, Zürich (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, Co<sub>2</sub>-neutral)**